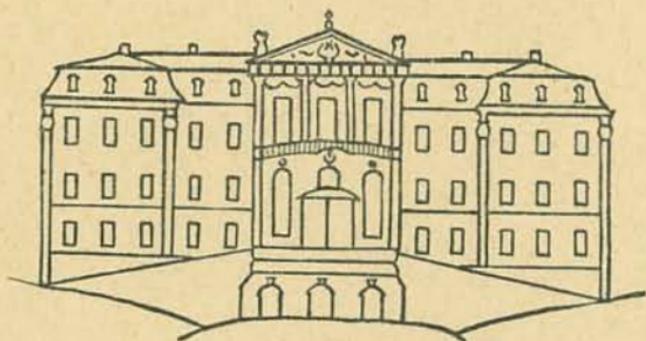


Hefte aus Burgscheidungen

Carl Ordnung

Die Oktoberrevolution
verändert die Welt

Christliche Verantwortung im Zeitalter
der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft



164

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Weiz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse

Carl Ordnung

Die Oktoberrevolution verändert die Welt

Christliche Verantwortung im Zeitalter
der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft

164

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Der vor 50 Jahren mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitete revolutionäre Prozeß hat das Antlitz unserer Welt grundlegend verändert. Seit 1917 gibt es zwei antagonistisch einander gegenüberstehende Gesellschaftssysteme in der Welt: das kapitalistische System, das sich – trotz mancher Wandlungen im Erscheinungsbild – in seiner Grundstruktur gleichgeblieben ist, und das sozialistische Gesellschaftssystem, dessen humanistischer Grundcharakter in den vergangenen Jahrzehnten immer deutlicher Gestalt gewann. Im Kapitalismus wird die Mehrheit der Menschen – selbst wenn sich in einigen Ländern ihr Lebensstandard gehoben haben mag – nach wie vor ökonomisch ausgebeutet, geistig manipuliert und in politischer Abhängigkeit gehalten. Im Sozialismus ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt; in ihm werden immer breitere Schichten des Volkes in die Leitung gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse einbezogen, wird auf diese Weise die Herrschaft des Volkes, die reale Demokratie, vertieft.

In dem seit der Oktoberrevolution vergangenen halben Jahrhundert hat sich das internationale Kräfteverhältnis stetig zugunsten des Sozialismus verschoben. Wenngleich diese Entwicklung die Aggressivität des Imperialismus erhöht und zahlreiche Gegenbewegungen hervorgerufen hat, wenngleich diese heute mit Hilfe einer Globalstrategie von seiten der USA koordiniert werden sollen, so ändert das alles nichts an der Tatsache, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus das Grundmerkmal unserer Epoche ist. Die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsformation, die der Menschheit Elend und Krieg gebracht hat, durch die sozialistische, die neue Möglichkeiten für ein friedliches Miteinander aller Völker und Menschen eröffnet, steht auf der Tagesordnung. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – so heißt es in den Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zum 50. Jahrestag dieser Revolution – „begann die Epoche der allgemeinen revolutionären Erneuerung der Welt – die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“.

Wer in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seiner politischen Verantwortung gerecht werden will, der muß von diesem Tatbestand ausgehen. Ohne Wissen um die Bedeutung der Oktoberrevolution, um die Zusammenhänge, die zwischen ihr und den revolutionären Bewegungen und Prozessen der letzten Jahrzehnte bestehen, bleibt politisches Engagement häufig

in Halbheiten stecken, wenn es nicht gar eine Verwirrung stiften hilft, die den Gegnern der Revolution nützt. Aus diesem Grunde ist die Besinnung auf diese grundlegende Wende in der Geschichte der Menschheit so wichtig. Sie gehört zur politischen Bewußtseinsbildung in unserer Zeit. Deshalb bleibt die Beschäftigung mit diesen Fragen auch nach den Feiern zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution aktuell. Das gilt vor allem auch für Christen.

Es waren nur ganz wenige, vereinzelte Christen, die in den Jahren nach 1917 etwas von der welthistorischen Bedeutung der Oktoberrevolution begriffen. Aufs Ganze gesehen, verharnte die Weltchristenheit zwei Jahrzehnte lang nicht nur in Unverständnis gegenüber dem in Gang gekommenen revolutionären Weltprozeß; Kirchenführer, Theologen und kirchliche Gruppen beteiligten sich aktiv an der antikommunistischen Hetze gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat und gegen die weitere Ausbreitung der Ideen des Sozialismus. Dieser Tatbestand macht besser als vieles andere die enge Verflochtenheit der kirchlichen Institutionen mit der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Herrschaftsstrukturen offenbar.

Erst während des zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach machten sich Kirchen und christliche Gruppen von der einseitigen Bindung an diese Gesellschaft frei. Sie taten das, indem sie die Konsequenzen aus der Tatsache zogen, daß Kommunisten und Christen gemeinsam gegen den Faschismus kämpften und Seite an Seite in den KZs und Gefängnissen litten und starben und daß es die Sowjetunion war, die die Hauptlast des Kampfes gegen die Barbarei des Faschismus getragen hatte.

Dieser Umdenkprozeß wurde dann unterstützt durch die Erfahrungen von Christen in den sozialistischen Staaten. In den Ländern Osteuropas, die nach der Befreiung durch die Rote Armee mit dem schrittweisen Aufbau einer volksdemokratischen Ordnung begannen, wurden protestantische, katholische und orthodoxe Kirchen unmittelbar mit dem revolutionären Prozeß konfrontiert, der 1917 in Rußland mit der Errichtung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates begonnen hatte. Wenn auch manche Kirchenführer und Theologen sich nur zögernd der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit zuwandten — die Mehrheit der Christen beantwortete den Ruf zur Mitarbeit am Bau der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung mit der Bereitschaft zu tätiger Mitverantwortung. Ihre Erfahrungen wurden in der Ökumene während der letzten Jahre mit wachsendem Interesse zur Kenntnis genommen.

Diese Bewußtseinsentwicklung wurde während der letzten Jahre noch von einer ganz anderen Seite her gefördert. Eine der gewaltigsten Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war nach dem zweiten Weltkrieg die nationale Befreiungsbewegung, die Asien, Afrika und in gewissem Sinne auch Lateinamerika erfaßte. Völker, die jahrhundertlang unter der Kolonialherrschaft gelitten hatten, erkämpften ihre politische Selbständigkeit und gingen daran, den revolutionären Prozeß des Aufbaus neuer Gesellschaftsordnungen in ihren Ländern einzuleiten. In vielen dieser Länder gehörten Christen zu den Führern und Förderern der Revolution.

Die meisten dieser Christen gehören kleinen Minderheitskirchen an, die sich in den letzten Jahrzehnten aus der Vormundschaft ihrer sogenannten „Mutterkirchen“ in Europa und Nordamerika befreit hatten und die deshalb auch in der ökumenischen Bewegung in wachsendem Maße eine eigenständige Rolle spielen. Sie trugen die Frage nach der Stellung des Christen zur Revolution in die ökumenische Diskussion hinein. Und sie taten das mit solchem Nachdruck, daß im Sommer 1966 eine große ökumenische Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft in Genf veranstaltet wurde, die unter dem Thema stand: „Die christliche Antwort auf die sozialen und technischen Revolutionen unserer Zeit.“

Bedeutete schon die Tatsache, daß eine große Kirchenkonferenz unter dem Thema „Revolution“ zusammenkam, ein Novum in der Kirchengeschichte, so gilt das noch mehr von den Aussagen dieser Konferenz: sie stellen eine grundsätzliche Bejahung der revolutionären Wandlungsprozesse unserer Zeit und einen Aufruf an die Christen dar, sich an notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen verantwortlich zu beteiligen. Auch wenn man konstatieren muß, daß vor allem in den Ländern, in denen die Kirchen aus einer ausgesprochen konservativen Tradition kommen, solche Einsichten noch keineswegs die Masse der Gläubigen erreicht haben, so zeigt sich darin doch ein tiefgreifender Wandel in der ökumenischen Bewegung, der übrigens in einer interessanten Parallele zu Entwicklungen in der römisch-katholischen Kirche verläuft. Blieb die Weltchristenheit zwischen den beiden Weltkriegen aufs Ganze gesehen in Unverständnis gegenüber dem Geschehen in der Sowjetunion befangen, so sind zumindest Teile von ihr in der Gegenwart dabei, das aufzuholen, was sie in den vergangenen Jahrzehnten versäumt haben.

In zahlreichen christlichen Kreisen ist es heute gleichsam Mode geworden, über die Revolution im allgemeinen und

über die Stellung des Christen zu ihr zu sprechen. So positiv dies an sich gewertet werden kann, da sich darin ohne Zweifel eine der Auswirkungen der Oktoberrevolution zeigt, so gilt es andererseits, die problematischeren Seiten dieses Phänomens nicht zu übersehen:

a) Man diskutiert über die Revolution sozusagen aus einer Zuschauerhaltung heraus. Es gibt Christen in der DDR, die aus ihrer Sympathie für gewisse revolutionäre Aktionen und Experimente in Lateinamerika, Afrika oder Asien kein Hehl machen, die aber nicht in der Lage sind, auszumachen, an welchem Frontabschnitt des revolutionären Weltprozesses die Deutsche Demokratische Republik augenblicklich steht und welchen Aufgaben demzufolge Befürworter dieses Prozesses heute und hier sich zu stellen haben. Sie sind für die Revolution – in einem quasi romantisch-abstrakten Sinne –, sie machen aber Vorbehalte dagegen geltend, sich bewußt an der revolutionären Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus in unserem Staat zu beteiligen, weil sie sich unter „Revolution“ etwas ganz anderes vorstellen.

b) Darüber hinaus haben die Ideologen des Antikommunismus herausgefunden, daß man sogar die Idee der Revolution im Kampf gegen den Sozialismus mißbrauchen kann. Auf der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft entwickelte der westdeutsche Theologe Heinz-Dietrich Wendland eine „Theorie der totalen Weltrevolution“, mit deren Hilfe er nachzuweisen versuchte, daß die durch den Sozialismus herbeigeführten gesellschaftlichen Wandlungen nicht eine „echte Revolution“ darstellten. Die wirkliche Revolution werde heute durch die Technik vollzogen, behauptete Wendland. Ähnlich verwirrend wirken unter bestimmten christlichen Gruppen die pseudorevolutionären Thesen chinesischer Observanz.

Der Grund für diese Mißverständnisse und Fehlhaltungen liegt in der isolierten Betrachtung einzelner Phänomene des revolutionären Weltprozesses. Wenn Christen nicht scheinrevolutionären Parolen zum Opfer fallen wollen, wenn sie ihren Platz im Kampf um die revolutionäre Erneuerung unserer Welt finden wollen, dann ist es unerläßlich für sie, sich mit der Bedeutung und den Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu beschäftigen. Denn sie stellt den entscheidenden Durchbruch dar, mit dem die revolutionären Wandlungsprozesse des letzten halben Jahrhunderts eingeleitet wurden. Wenn die in ökumenischen Kreisen in Mode gekommene Diskussion um die Revolution mehr sein soll als

ein schöner Zeitvertreib, wenn sie Christen helfen soll, im Kampf für Frieden, Demokratie und Menschlichkeit Position zu beziehen, dann ist es notwendig, die Zusammenhänge deutlich zu machen, die zwischen der Oktoberrevolution und den volksdemokratischen Revolutionen in Europa und dem nationalen Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bestehen.

Das soll in den folgenden Ausführungen versucht werden. Es geht in ihnen nicht um eine Beschreibung des historischen Ablaufs der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Es geht um den Aufweis der wesentlichen Entwicklungslinien unserer Epoche am Beispiel der Oktoberrevolution und ihrer weltgeschichtlichen Auswirkungen. Und es geht um die Frage, was das alles für die gesellschaftliche Verantwortung des Christen bedeutet.

II.

In einem der „Briefe aus dem Gefängnis“, die Jawaharlal Nehru in den Jahren 1930 bis 1933 an seine Tochter Indira richtete und die später unter dem Titel „Weltgeschichtliche Betrachtungen“ veröffentlicht wurden, bezeichnete der spätere indische Ministerpräsident die Oktoberrevolution als „einzigartiges Ereignis in der Weltgeschichte“. Er schrieb: „Obgleich die Oktoberrevolution die erste ihrer Art war, wird sie nicht lange die einzige bleiben, denn sie ist für andere Länder ein Aufruf und ein Beispiel geworden, das viele Revolutionäre auf der ganzen Welt nachzuahmen bestrebt sind.“ Dieses Urteil ist vor allem deshalb interessant, weil es fünfzehn Jahre nach dem Sieg der Bolschewiki von einem der Führer des anticolonialen Befreiungskampfes in Asien ausgesprochen wurde. Es zeigt, welche Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von Anfang an von den Völkern beigegeben wurde, die damals noch von den imperialistischen Kolonialmächten unterdrückt und beherrscht wurden.

Der Höhepunkt der Oktoberrevolution waren die Tage vom 6. bis zum 8. November 1917 (nach dem Julianischen Kalender, der damals in Rußland galt, der 24. bis 26. Oktober), in denen die Bolschewiki in Petrograd die Macht übernahmen und der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden verabschiedete sowie die erste Sowjetregierung mit Lenin als Vorsitzendem bildete. Aber die Revolution war nicht auf jene wenigen „Tage, die die Welt erschütterten“ (John Reed), beschränkt. Der revolu-

tionäre Prozeß, der in jenen Tagen seinen Höhepunkt erreichte, begann im Grunde mit der im Blut erstickten bürgerlich-demokratischen Revolution des Jahres 1905. Er war mit dem Jahr 1917 nicht abgeschlossen, sondern umfaßte sowohl die Periode der heroischen Verteidigung der Revolution gegen innere Konterrevolution und ausländische Intervention (1918 bis 1921) als auch die Zeit der Neuen Ökonomischen Politik und des Beginns der Industrialisierung bis in den Anfang der dreißiger Jahre hinein, in die die UdSSR als nach innen gefestigter sozialistischer Staat eintrat und in denen sie nach außen zunehmend internationale Anerkennung errang.

Es scheint notwendig, besonders die Jahre des heldenhaften Kampfes der jungen Sowjetmacht gegen die Weißgardisten und die ausländischen Interventionstruppen bei der Beurteilung der Oktoberrevolution zu berücksichtigen. Denn einmal bildete die böswillig verzerrte Darstellung jener Jahre für lange Zeit das Hauptreservoir, aus dem der Antikommunismus seine „Argumente“ schöpfte. Zum anderen macht gerade dieser Abschnitt des revolutionären Prozesses deutlich, wer die Revolution zum Siege geführt hat: die russischen Arbeiter und Bauern. Nehru zitiert in seiner Darstellung dieser Jahre den Befehlshaber der amerikanischen Interventionstruppen in Sibirien, General Graves. Dieser amerikanische Offizier schreibt:

„Es wurden schreckliche Morde begangen, aber nicht von den Bolschewiken, wie die ganze Welt glaubt. Ich kann mit absoluter Sicherheit sagen, daß die Antibolschewisten in Ostsibirien auf einen von den Bolschewiken verursachten Toten einhundert Leute umbrachten.“

Nehru fügt diesem offenen Bekenntnis die Worte hinzu:

„Trotz dieser unerhörten Schwierigkeiten und so vieler mächtiger Feinde blieb Sowjetrußland am Leben und triumphierte. Das war eines der erstaunlichsten Ereignisse in der Weltgeschichte... Es war hauptsächlich ein Sieg des Selbstvertrauens, des Glaubens, der Aufopferung und der unbeugsamen Entschlossenheit des russischen Volkes... Die überragende Persönlichkeit jener Tage war Lenin.“

Was zeigt die erste siegreiche sozialistische Revolution der Weltgeschichte?

1. Im Gegensatz zu früheren Revolutionen, in denen das Element der Spontaneität eine wesentliche Rolle spielte, war die Oktoberrevolution eine bewußt geplante und or-

ganisierte Revolution. Ohne ein hohes Maß politischer Bewußtheit unter den Revolutionären hätte sie ihre Erfolge nicht erringen und schon gar nicht verteidigen und ausbauen können. Planung und Organisation zeigten sich vor allem

- a) in einer systematischen ideologischen Vorbereitung dadurch, daß man die Lehren aus den bisherigen Revolutionen, vor allem aus der Pariser Commune, zog und die eigenen Erfahrungen seit 1905 laufend gründlich analysierte,
- b) in der Organisation einer Partei neuen Typs (der Bolschewiki), die nicht für parlamentarische Aufgaben geschaffen wurde, sondern für die Durchführung der Revolution.

So vorbereitet, nutzte man bewußt die Krisensituation aus, in die das zaristische System durch den ersten Weltkrieg geriet.

2. In der Oktoberrevolution übernahm die bis dahin politisch unterdrückte und ökonomisch ausgebeutete Klasse der Arbeiter und Bauern die politische Macht und errichtete den ersten sozialistischen Staat auf unserer Erde. Die Oktoberrevolution zeigt, daß es bei echten Revolutionen nicht einfach um die Auswechslung von Herrschaftsgruppen innerhalb bestehender Gesellschaftsstrukturen geht, sondern um die Änderung gesellschaftlicher Strukturen und politischer Machtverhältnisse von Grund auf. Revolutionen sind Umwälzungen, in denen eine herrschende Klasse durch eine neue Klasse abgelöst und die alte sozialökonomische Struktur durch eine neue ersetzt wird.

Dabei war die Aufgabe der Arbeiter und Bauern in Rußland viel komplizierter als die Aufgabe, vor der etwa das siegreiche Bürgertum in der Französischen Revolution stand. Das Bürgertum konnte noch im Schoße der alten Feudalgesellschaft seine ökonomische Machtposition ausbauen und einen großen ideologischen und kulturellen Einfluß entwickeln. Seine Vertreter waren auf die Übernahme der politischen Macht von der materiell-ökonomischen Basis und von den „bildungs-mäßigen“ Voraussetzungen her ganz anders vorbereitet als die bisher nicht nur wirtschaftlich ausgebeuteten, sondern auch kulturell entmündigten Proletarier und Bauern in Rußland, die erst im Vollzug der Revolution sich auch die Schätze von Bildung und Kultur aneignen mußten.

3. Nachdem die Februarrevolution 1917 die Doppelherrschaft von bürgerlicher Provisorischer Regierung einerseits und den Sowjets der Arbeiter- und Bauendeputierten andererseits zum Ergebnis gehabt hatte, proklamierte Lenin 1917 im April unter der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ die friedliche Weiterentwicklung von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution. Dieser friedliche Weg wurde durch die reaktionären Kräfte verhindert. Die erste Maßnahme der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung war der Aufruf an alle Völker und Regierungen, Frieden zu schließen. Lenin war bereit, für einen Friedensschluß mit Deutschland in Brest-Litowsk einen hohen Preis zu zahlen, weil er erkannt hatte, daß der Frieden die Bedingung für die Stabilisierung der Revolution ist. Der Einfall von Truppen aller imperialistischen Mächte in das Territorium der Sowjetunion zwang dem jungen Staat seinen ersten Verteidigungskrieg auf.

So zeigt die Oktoberrevolution – wie die meisten vorangegangenen Revolutionen –, daß die blutige Gewalt und der Terror nicht von den Revolutionären, sondern von der Konterrevolution provoziert und praktiziert wurden. Die Verteidigung der Revolution gegen die innere Konterrevolution und die ausländischen Interventionstruppen in den Jahren von 1918 bis 1920 ist die eigentliche heroische Periode der Oktoberrevolution. Die Härte, die den Bolschewiki durch den Versuch des Weltimperialismus, die Revolution im Blute zu ersticken, aufgezeigt wurde, hat den weiteren Weg der Entwicklung des jungen sozialistischen Staates wesentlich mitbestimmt.

4. Lenin hat gesagt: einen revolutionären Umsturz könne man bei guter Vorbereitung über Nacht vollbringen; um danach einen neuen Staat aufzubauen, benötige man einige Jahrzehnte; um die Menschen zu befähigen, diesen Staat verantwortlich zu gestalten und zu leiten, brauche es noch längerer Zeit. – Die Revolution ist ein übergreifender Prozeß, der alle hier genannten Entwicklungsetappen umfaßt. Jede dieser Etappen hat ihre spezifischen Probleme. Der Aufbau eines neuen Staates erfordert häufig mehr Selbstverleugnung und Opferbereitschaft als der Barrikadenkampf. Mindestens ebenso entscheidend wie die revolutionäre Machtübernahme ist die Stabilisierung der Revolution, zumal die meisten früheren Revolutionen teilweise zurückgerollt wurden und in einem Kompromiß mit den Herrschenden von gestern endeten.

5. Was ist die Ursache dafür, daß die Oktoberrevolution nicht in einem solchen Kompromiß endete? Wie sind die heroischen Leistungen und Anstrengungen der Revolutionäre über Jahre hinweg zu erklären?

Eine Besonderheit lag für die bürgerliche Revolution darin, daß in ihrem Vollzug eine neue Klasse ihre weitergehenden revolutionären Ansprüche anmeldete: das Proletariat. Das Bürgertum mußte sich – wollte es seine eigene Herrschaft stabilisieren – gegen die neue Klasse abgrenzen. Das war der Anlaß zum Kompromiß mit dem Alten.

Das trifft auf die sozialistische Oktoberrevolution nicht zu. Zwar hat es eine Reihe von Spaltungen und Differenzierungen innerhalb der Revolutionäre, der Linken gegeben. Dabei erwiesen sich die Bolschewiki als die Repräsentanten der Arbeiter- und Bauerninteressen. Es gibt keine Position links von ihnen, die Ausdruck einer sozialen Klasse oder Schicht wäre. Es gibt keine neue Klasse unter dem Proletariat. Insofern war die Front hier klar und ein Kompromiß nicht möglich. Insofern kündigte sich aber auch mit der Machtübernahme der Arbeiter und Bauern die Aufhebung der Klassenherrschaft überhaupt an.

III.

Heinrich Mann schrieb 1937: „Die Französische Revolution hat hundert Jahre gebraucht, bevor ihr wesentlicher Gehalt nicht in ganz Europa, sondern nur im Westen durchgesetzt war. Die proletarische Revolution wird dieselbe unaufhaltsame Werbekraft ausüben: aber ihre Folgen werden weiter reichen, und sie werden endgültig sein.“

Die neue Gesellschaftsordnung, die aus der Oktoberrevolution hervorging, bedeutete eine viel grundsätzlichere Herausforderung der übrigen Welt als seinerzeit die Französische Revolution. Denn die siegreiche sozialistische Revolution stellte nicht nur die kapitalistischen, sondern auch alle feudalen Gesellschaftssysteme, ja überhaupt die Klassengesellschaft in Frage; sie war vor allem nicht zu einer kompromißbereiten Anpassung an die alte Welt bereit. Die Oktoberrevolution stellte die Herrschaftsstrukturen der übrigen Welt in Frage,

a) indem sie ihre politische Macht begrenzte (sie herrschten nun nicht mehr überall in der Welt),

- b) indem sie den revolutionären Kräften in jenen Staaten und ihren Kolonien Auftrieb gab,
- c) indem sie die herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft zwang, die soziale Lage der Werktätigen in ihren Ländern zu verbessern.

Der österreichische linkskatholische Publizist Dr. Wilfried Daim wies in seinem Beitrag zur Weltumfrage der „Neuen Zeit“ zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf zwei unterschiedliche Reaktionen der bürgerlichen Welt auf diese Revolution hin. Er schreibt:

„Die sowjetische Oktoberrevolution ist zweifellos ein weltgeschichtliches Ereignis erster Ordnung, deren vielfältiger Einfluß auf das internationale Geschehen nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Qualitativ kam es auf der bürgerlichen Seite zu zwei voneinander wohl unterscheidbaren Wirkungen. Einerseits kam es zur faschistischen Reaktion. Mit einer sekundärfeudalen Herrenmenschenideologie als Rechtfertigung wurde versucht, die Sowjetunion auszulöschen. Das ist der böartige Reflex auf die Oktoberrevolution. Andererseits gab es ein vorsichtiges Zurückweichen vor dem Sozialismus auf dem liberalen Flügel des Bürgertums. Dies führte in einigen westeuropäischen Staaten zum schrittweisen Einbau sozialistischer Elemente. Es kam zur Ausbildung dessen, was Bruno Pitlermann ‚aufgeklärten Kapitalismus‘ nannte. Daß die bloße Existenz der Sowjetunion diesen Vorgang stimulierte, kann kaum bezweifelt werden.“

Dabei wird man darauf hinweisen müssen, daß beide Arten der Reaktion verbunden sind durch das gleiche Ziel: den Einfluß der revolutionären Wandlungsprozesse zurückzudrängen. In den zwanziger Jahren reagierte die alte Welt auf die Entwicklung und Festigung des ersten sozialistischen Staates zunächst mit großangelegten Einkreisungs- und Eindämmungsaktionen. Daß sich daran fast alle Staaten Europas, Amerikas und Asiens beteiligten, zeigt den internationalen Charakter der Oktoberrevolution. Eine Folge dieser Politik war z. B. der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und dem faschistischen Deutschland, zu dem sich die Sowjetunion angesichts der Einkreisung gezwungen sah und mit dessen Hilfe sie diese imperialistischen Pläne zunächst durchkreuzte.

Die Radikalisierung dieser gegen die Sowjetunion gerichteten Politik in Gestalt der faschistischen Diktaturen führte zu einer

gewissen Differenzierung im bürgerlichen Lager: Angesichts des faschistischen Expansionswillens, der auch von den bürgerlich-kapitalistischen Staaten nicht halt machte, zeigten sich liberale und vor allem konsequent demokratische Kräfte zum Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung ihres Landes bereit. Angesichts dieses Expansionsdranges sahen sich die „bürgerlichen Demokratien“ zusammen mit der Sowjetunion mit der faschistischen Gefahr konfrontiert.

Nachdem die Sowjetunion die Aggression des deutschen Faschismus abgewehrt und Entscheidendes zu seiner Niederschlagung beigetragen hatte, kam es zu einer ersten Etappe der Ausbreitung der sozialistischen Revolution: in Gestalt der volksdemokratischen Revolutionen, die sich im Zuge der Befreiung der osteuropäischen Länder durch die Rote Armee vollzogen. Damit wurde ein neues Modell der sozialistischen Revolution entwickelt.

Während der Oktoberrevolution, noch vor dem Sieg der Bolschewiki, richtete Lenin ein Bündnisangebot an die kleinbürgerliche Partei der Sozialrevolutionäre. Diese Partei lehnte die Zusammenarbeit mit den Bolschewiki ab. Deshalb wurde nicht nur die Revolution, sondern auch der Aufbau der neuen Gesellschaft unter der politischen Führung einer einzigen Partei, der KPdSU, durchgeführt. Die volksdemokratischen Revolutionen nach 1945 sind demgegenüber nicht mehr nur von den Kommunisten allein getragen worden. Natürlich blieben die Kommunisten überall die führende Kraft, denn sie repräsentierten nicht nur den bewußtesten und revolutionärsten Teil des Volkes; sie verfügten auch über das theoretische Wissen und die praktischen Erfahrungen, die zur Weiterführung des revolutionären Prozesses notwendig sind. Aber mit ihnen arbeiteten nicht nur Bauern, sondern auch konsequent demokratische Schichten des Bürgertums zusammen. Die soziale Basis der Revolution hatte sich erweitert.

Zwischen 1917 und 1945 hatten die Kommunisten wichtige Erfahrungen gemacht, die vor allem mit dem Aufkommen des Faschismus zusammenhängen. Besonders die faschistische „Machtergreifung“ in Deutschland löste eine Diskussion in der kommunistischen Weltbewegung aus. Man stellte die Frage, warum die Arbeiterbewegung den Sieg des Faschismus nicht habe verhindern können. In ihrem Manifest vom 11. Juni 1945 nannte die KPD neben vielen anderen Gründen auch diesen: „Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns

schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.“

Die Kommunisten erkannten damals, daß ihre Politik bis dahin oft nicht genügend darauf eingestellt gewesen war, Bündnispartner für ihre revolutionären Ziele zu finden. Sie entwickelten deshalb in der Mitte der dreißiger Jahre eine neue Konzeption der Bündnispolitik, die zum erstenmal in der Volksfrontpolitik in Frankreich Gestalt gewann, sich im Kampf der spanischen Republik gegen Franco bewährte und die in Deutschland antifaschistische Widerstandskämpfer verschiedener politischer Herkunft zusammenführte (etwa auch und vor allem bei der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ unter deutschen Antifaschisten und Kriegsgefangenen in der Sowjetunion).

Entscheidend aber war, daß diese Konzeption, die ursprünglich für den Kampf gegen den Faschismus entwickelt worden war, nun auch bei der Durchführung der Revolution und beim Aufbau der neuen Gesellschaft nicht nur durchgehalten, sondern vertieft und erweitert wurde. Dies gibt der volksdemokratischen Revolution und dem volksdemokratischen Staat gegenüber der Sowjetunion bei aller Übereinstimmung in den Grundzielen eine gewisse Besonderheit.

IV.

So steht auch der Osten Deutschlands seit 1945 im Kraftfeld der Auswirkungen der Oktoberrevolution. Hier wurde das am weitesten ausgebaute demokratische und sozialistische Mehrparteiensystem im Sinne der neuen volksdemokratischen Konzeption entwickelt. Freilich wurde der Impuls des Jahres 1917 hier in manchem anders wirksam als in den anderen osteuropäischen Ländern. Die Entwicklung im Osten Deutschlands unterscheidet sich in zwei Punkten wesentlich von der in den anderen Ländern:

a) Die einheimischen Widerstandsbewegungen in diesen Ländern waren stärker, ihre Aktionen umfassender gewesen als der antifaschistische Widerstand in Deutschland. Sie leiste-

ten einen aktiven Beitrag zur Befreiung ihrer Länder, der teilweise von entscheidender Bedeutung war. Die Deutschen, die jahrelang dem ideologischen Einfluß des Antikommunismus und Faschismus ausgesetzt waren, zeigten sich trotz der Tapferkeit vieler Antifaschisten – vor allem der Kommunisten – nicht imstande, einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Befreiung zu leisten. Während die Rote Armee von der großen Mehrheit der Bevölkerung jener Länder als Befreier von der Fremdherrschaft begrüßt wurde, erlebten viele Deutsche die Befreiung von der Herrschaft des einheimischen Faschismus subjektiv zunächst als Zusammenbruch und Niederlage. Das schuf psychologisch eine viel schwierigere Ausgangsbasis für die Revolution, die mit dem Einzug der Roten Armee begann.

b) In den anderen Ländern sah sich jeweils ein ganzes Volk einer neuen historischen Situation und Aufgabe gegenübergestellt. Das Territorium Deutschlands wurde teils von westlichen, teils von sowjetischen Truppen besetzt. Auf diese Weise wurde die Frage nach der Bewältigung der Vergangenheit und der Gestaltung der Zukunft hier von Anfang an vom Ost-West-Konflikt überschattet (der sich allerdings damit als Gegensatz zwischen Revolution und Konterrevolution offenbarte).

Trotzdem gilt, was der westdeutsche Publizist Sebastian Haffner kürzlich feststellte: Die Deutsche Demokratische Republik ist das Ergebnis der bisher einzigen erfolgreichen Revolution in der deutschen Geschichte. In der Tat: hier sind die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Machtverhältnisse radikal geändert worden.

Es gibt zwei gegnerische Einwände gegen diese Sicht der Entwicklung im Osten Deutschlands nach 1945:

1. Bei dieser Revolution handele sich um eine von außen „importierte“ Revolution.
2. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung habe diese Revolution gegen den Willen der Mehrheit vollzogen.

Was ist dazu zu sagen?

Zu 1: Gewiß, ohne den Schutz und die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht hätte diese revolutionäre Entwicklung nicht begonnen werden können. Aber:

a) Unmittelbar nach 1945 war überall in Deutschland ein starker Wille hin zu einer sozialistischen Entwicklung erkenn-

bar. Der westdeutsche Soziologe Prof. Dr. Wolfgang Abendroth hat kürzlich in einem Aufsatz über die „Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik“ darauf hingewiesen, daß ausnahmslos alle Verfassungen der westdeutschen Länder „mehr oder minder energische Sozialisierungsforderungen“ enthielten. Es seien „die radikale Abneigung der USA gegen jede sozialistische Erwägung und ihr Entschluß zur Restauration der alten deutschen sozial-ökonomischen Struktur“ gewesen, die die Praktizierung dieser Normen verhinderten. Abendroth stellt fest, daß nicht nur in Hessen, sondern auch in Nordrhein-Westfalen die Realisierung bereits verabschiedeter Sozialisierungsgesetze von der Besatzungsmacht verhindert wurde: „Zweimal waren in diesem industriellen Herzen des westlichen Deutschlands Sozialisierungsgesetze des Landtages am Einspruch der Besatzungsmacht gescheitert, zu dem die englische Besatzungsmacht sich durch ihre Abhängigkeit von den USA gezwungen sah: das Gesetz vom 25. Januar 1947 und das Gesetz vom 6. August 1948.“

Während also im Osten Deutschlands die sowjetische Besatzungsmacht half, den Willen des Volkes zu einer Änderung der ökonomischen Strukturen, die die Basis für die faschistische Gewaltherrschaft gebildet hatten, zu verwirklichen, förderten die westlichen Besatzungsmächte die Restauration eben dieser Strukturen und Machtverhältnisse. Sie protegierten diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die antirevolutionär waren und die man in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gut gebrauchen zu können glaubte.

b) Daß der Anstoß von außen kam, spricht an sich noch nicht gegen eine Revolution. Seit der Niederschlagung des revolutionären Bauernkrieges im 16. Jahrhundert und den Verwüstungen durch den Dreißigjährigen Krieg war Deutschland in der gesellschaftlichen Entwicklung etwa gegenüber Frankreich und England zurückgeblieben. Immer wenn es den Versuch machte, diese historische Verspätung aufzuholen, mußte es sich an ausländischen Vorbildern orientieren (Steinsche Reformen!). Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte keine Revolution siegreich beendet. Es war auch nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft vom Faschismus zu befreien. Wer dies bedauert, der muß die Möglichkeit bejahen und dankbar ergreifen, die uns nach der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion geboten wurde.

c) Es war nur der Anstoß, der von außen kam. Die Führer der Revolution waren Deutsche, die vom Faschismus ins

Exil getrieben worden waren oder die in den Gefängnissen gelitten hatten. Die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht bestand im wesentlichen in der Entmachtung der reaktionären Kräfte, in der Hilfe bei der Niederhaltung der inneren und der Abschreckung der äußeren Konterrevolution. Sie vermittelte Erfahrungen, gewährte materielle Unterstützung und förderte so auch die Entwicklung des Neuen. Der Weg des Neuaufbaus aber wurde von Deutschen bestimmt, die den Anstoß von außen schöpferisch aufnahmen und ihn mit den progressiven und revolutionären Traditionen der eigenen Geschichte verbanden.

Angesichts dieser Tatsachen erweist sich die Behauptung von „importierter Revolution“ als eine Formel aus dem Arsenal des Antikommunismus.

Zu 2: Es war eine relativ kleine Zahl von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten, die den faschistischen Terror in Zuchthäusern und Konzentrationslagern überstanden hatten oder die aus dem Exil zurückkehrten. Sie übernahmen nach 1945 die Führung der Revolution. Zu ihnen stieß eine große Zahl von Menschen, die durch die Methoden und den Zusammenbruch des Faschismus zutiefst erschüttert waren und die nun alles tun wollten, was eine Wiederholung einer ähnlichen Katastrophe für alle Zeit unmöglich machen sollte.

Vor allem aber:

a) Die spontane emotionale Zustimmung großer Massen ist – für sich genommen – noch nicht ein Kriterium für die Echtheit einer Revolution (sonst hätte die faschistische Macht ergreifung in Deutschland 1933 widersinnigerweise diesen Namen verdient).

b) Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl derjenigen Bürger der DDR, die bewußt und verantwortlich diese revolutionäre Entwicklung mittragen und mitgestalten. Unter ihnen sind viele Christen, die nicht durch emotionale Begeisterung, sondern durch den Versuch einer historischen Standortbestimmung und einer nüchternen Beschreibung ihrer Verantwortung für die Welt zum politischen Engagement gekommen sind.

So ist die DDR in ihrer politischen Grundkonzeption natürlich eng mit den anderen Volksdemokratien verbunden; sie stellt aber gleichzeitig einen Sonderfall der volksdemokratischen Revolution dar. Auf Grund ihres besonderen Entwicklungsweges scheint sie in hohem Maße gefeit zu sein gegen die

zuweilen auftretende „Enttäuschung an der Revolution“, die dann nicht selten beim Übergang von der heroischen Etappe des revolutionären Kampfes zur nüchternen Arbeit am Aufbau der neuen Gesellschaft in Erscheinung tritt.

Mit Hilfe ihres ausgebauten sozialistischen Mehrparteiensystems hat die DDR das sozialistische Gesellschaftsmodell schöpferisch um einige neue Elemente bereichert. Es seien nun genannt: die Einrichtung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, einige Aspekte des ökonomischen Systems des Sozialismus und die spezifischen Modelle für die politische Zusammenarbeit von Marxisten und Christen.

V.

Ein ganz anderes Modell einer sozialistischen Revolution stellt etwa die kubanische Revolution dar. Aber auch sie wäre ohne die Oktoberrevolution und ohne die Existenz des sozialistischen Lagers in der Welt nicht denkbar gewesen.

Die Besonderheit Kubas bestand in seiner halbkolonialen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur. Es war wirtschaftlich und politisch abhängig von den USA, die dem Land eine Monokultur aufzwingen und damit die Entwicklung einer eigenständigen Volkswirtschaft verhinderten. Das kubanische Volk litt unter einer doppelten Ausbeutung: durch die USA-Monopole und durch die einheimische Bourgeoisie. Darin hat der revolutionäre Enthusiasmus seine Ursache, mit dem 1953 und dann vor allem 1957 der Kampf gegen die faschistische Batista-Diktatur begann.

Im Gegensatz zu den bisherigen sozialistischen Revolutionen waren es in Kuba nicht die Kommunisten, die in den ersten Jahren die revolutionäre Volksbewegung anführten, sondern radikale kleinbürgerliche Kräfte, verbunden mit den Bauernmassen, deren Hauptinstrument die Rebellenarmee war. Fidel Castro war Exponent dieser Kräfte. Unter seiner Führung wurde Batista vertrieben und Kuba am 1. Januar 1959 zum „ersten freien Land Amerikas“. Im Gegensatz zu manchen seiner bürgerlichen und kleinbürgerlichen Anhänger, die meinten, daß die Revolution damit vollendet sei, erklärte Fidel Castro am 8. Januar 1959: „Der Sieg hängt jetzt von der Mobilisierung aller Faktoren ab, die die Nation bilden, denn die Revolution beginnt jetzt erst.“

Bei dem ernsthaften Bemühen, die Revolution nicht nur zu proklamieren, sondern ein revolutionäres Programm konsequent zu verwirklichen, zeigte es sich, daß die kubanische Revolution im Blick auf ihre weltpolitische Orientierung vor einer klaren Alternative stand: Je ernsthafter sie ihr Programm in die Tat umsetzte, desto mehr machte sie sich die USA und die anderen imperialistischen Staaten zum Feind, desto mehr war sie genötigt, sich auf die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten zu orientieren, die bereit waren, das revolutionäre Kuba nicht nur politisch, sondern vor allem auch beim Aufbau seiner Wirtschaft zu unterstützen. Mit der von den USA mit wachsendem Unbehagen verfolgten außenpolitischen Annäherung Kubas an das sozialistische Lager ging innenpolitisch eine Rezeption des Marxismus durch die Führer der Revolution Hand in Hand.

Die kubanischen Kommunisten (Sozialistische Volkspartei) standen anfänglich dem von Castro organisierten bewaffneten Aufstand zurückhaltend gegenüber. Sie revidierten jedoch sehr bald ihre Haltung und erklärten ihre volle Unterstützung der Revolution. Ihre Aktivität beim Aufbau der neuen Gesellschaft nach 1959 sicherte ihnen eine geachtete, wenn auch noch nicht die führende Position unter den progressiven politischen Kräften. Castro erkannte jedoch sehr bald, daß der Garant für den erfolgreichen Fortgang der Revolution die Einheit der revolutionären Kräfte ist. Auf seine Initiative hin begann 1961 ein Prozeß der allmählichen Verschmelzung der „Bewegung des 26. Juli“, in der sich in erster Linie die Bauern organisiert hatten, des „Revolutionären Direktoriums“, dem hauptsächlich Studenten angehörten, und der Sozialistischen Volkspartei, deren Mitglieder in der Mehrheit Arbeiter waren. Im Jahre 1965 ging aus diesem Verschmelzungsprozeß, der zunächst zu einer „Einheitspartei der Sozialistischen Revolution“ geführt hatte, die Kommunistische Partei Kubas hervor. „Diese Bezeichnung widerspiegelt die Entwicklung der Partei, das Wachsen des revolutionären Bewußtseins ihrer Mitglieder und die Ziele der Revolution“, sagte Fidel Castro.

Diese Entwicklung in Kuba zeigt, wie sehr auch jene Revolution im Kraftfeld der Auswirkungen der Oktoberrevolution steht. In der Geschichte gibt es keine Wiederholungen. Die kubanische Revolution ist alles andere als eine Nachahmung des russischen Vorbildes. Aber die objektiven Bedingungen und Kräftekonstellationen in der Welt beweisen offensichtlich die Richtigkeit der Grundrichtung der mit der

Oktoberrevolution begonnenen Entwicklung des sozialistischen Lagers. Über die Art und Weise, wie er selbst Marxist wurde, berichtete Castro in einer Rede im Juli 1965:

„Das Phänomen des Imperialismus erlernten wir nicht aus einem Buch. Wir lasen darüber in Büchern, aber wir erfuhren es am eigenen Leib. Wir erkannten es im vergossenen Blut der Arbeiter, in den begangenen Verbrechen, im revolutionären Geschichtsprozeß, wir erlernten es am Vorgehen derselben Imperialisten in der ganzen Welt. Wir fühlten uns zu Revolutionären berufen, wir besaßen die Sensibilität und Leidenschaftlichkeit der Revolutionäre. Aber uns fehlte die Theorie. Wir erlernten sie nicht von einem Tag zum andern. Wir erlernten die Theorie nicht nur in der Theorie, sondern in der Wirklichkeit. Niemand lehrte sie uns, denn wir begriffen sie durch uns selbst. Wir entwickelten unsere Ideen in dem Maße, in dem wir revolutionär wurden, in dem wir mehr und mehr den wissenschaftlichen Sozialismus verstanden, in dem wir eine bessere Erklärung für die Probleme der Geschichte und der Gesellschaft suchten. Und so erwarben wir uns unsere Theorie, unsere politische Philosophie. Wir empfangen von ihr keinen Lacküberzug, sondern sie drang in unser Fühlen, in unser Denken, in unser Leben, und so machten wir aus uns Marxisten-Leninisten.“

VI.

Für die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung in der Welt erlangt die Frage nach dem Verhältnis von Revolution und Frieden eine immer größere Bedeutung. Die Oktoberrevolution und die volksdemokratischen Revolutionen haben sich im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen entwickelt. Die Revolutionäre haben nicht einen Krieg begonnen, um die Revolution voranzutreiben; sie haben die durch den Krieg hervorgerufene Krisensituation ausgenützt, um den sozialistischen Revolutionen zum Siege zu verhelfen. Der erste Akt der jungen Sowjetregierung aber war dann die Verabschiedung des Dekrets über den Frieden. Man wußte, daß der Friede die Bedingung für den Ausbau der Revolution ist. Im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel gilt dies mit noch größerem Nachdruck.

Die kubanische Revolution war eine sozialistische Revolution, zu deren Auslösung es keines Weltkrieges bedurfte. In der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 war festgestellt worden, daß die neue Etappe

der allgemeinen Krise des Kapitalismus „nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg entstanden ist, sondern unter den Bedingungen des Wettbewerbes und des Kampfes der beiden Systeme . . . , unter Bedingungen, in denen es der erfolgreiche Kampf der friedliebenden Kräfte für die Durchsetzung und Festigung der friedlichen Koexistenz den Imperialisten nicht gestattete, den Weltfrieden durch ihre Aggressionshandlungen zu brechen“. Das neue, zugunsten des sozialistischen Lagers veränderte Kräfteverhältnis in der Welt, die gewachsene Stärke des sozialistischen Lagers hielten die USA vom Eingreifen in Kuba zurück.

Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus führt aber gleichzeitig – darauf hat Walter Ulbricht in seinem Referat vor dem VII. Parteitag der SED hingewiesen – „zu einer Steigerung der Aggressivität der Imperialisten, zu einer Erhöhung der internationalen Spannungen und zu einer Zunahme der Kriegsgefahr“. Da offensichtlich die imperialistischen Kräfte inzwischen begriffen haben, daß heute jede echte Revolution die Tendenz in sich trägt, sich zu einer sozialistischen Revolution zu entwickeln, sind sie nun bereit, revolutionäre Bewegungen schon im Keime zu ersticken; wie das Beispiel Santo Domingo und, auf anderer Ebene, Vietnam beweist. Diese offen antirevolutionäre Haltung der USA hat in den letzten Jahren vorübergehend zu gewissen Teilerfolgen der Konterrevolution in der Welt geführt, wie der Militärputsch in Griechenland zeigt. Was ist in dieser Situation die Perspektive der Revolution?

1. Auf Grund des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt ist für die industriell entwickelten kapitalistischen Länder die Möglichkeit eines friedlichen Weges zum Sozialismus gegeben. In der Moskauer Erklärung von 1960 heißt es dazu: „Unter den heutigen Verhältnissen hat die Arbeiterklasse mit ihrer Vorhut an der Spitze in einer Reihe von kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, auf der Grundlage der Arbeitereinheits- und der Volksfront und anderer möglicher Formen des Bündnisses und der politischen Zusammenarbeit verschiedener Parteien und gesellschaftlicher Organisationen die Mehrheit des Volkes zu vereinigen, die Staatsmacht ohne Bürgerkrieg zu erobern und den Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hand des Volkes zu sichern.“

Das bedeutet alles andere als etwa die Proklamation eines „dritten Weges“. In den Thesen des Zentralkomitees der

KPdSU zur Oktoberrevolution wird auf Grund der historischen Erfahrungen festgestellt: „Die Geschichte hat die Fruchtlosigkeit des reformistischen Weges bewiesen. Die sozialdemokratischen Regierungen haben in keinem Lande an den Grundfesten der kapitalistischen Herrschaft gerüttelt.“ Auch der friedliche Übergang zum Sozialismus bleibt Revolution. Das in der DDR erschienene „Philosophische Wörterbuch“ schreibt unter dem Stichwort „Revolution“ dazu:

„Unabhängig davon, ob sich die sozialistische Revolution auf friedlichem oder auf nichtfriedlichem Wege vollzieht, stellt sie immer eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse dar, zerschlägt sie immer die alte reaktionäre Staatsmaschine und ihren Unterdrückungsapparat und errichtet die Diktatur des Proletariats. Die Behauptung der Revisionisten, daß der friedliche Weg zum Sozialismus gleich einer langsamen Evolution vom Kapitalismus zum Sozialismus sei, stellt daher eine Verfälschung der materialistischen Dialektik und das Aufwärmen der alten Ideen des Reformismus dar. Der Weg zum Sozialismus führt grundsätzlich nur über die sozialistische Revolution in dieser oder jener Form.“

2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bleibt vor allem auch deswegen unter allen Umständen revolutionär, weil ja der Klassenkampf andauert und keineswegs abgeschlossen ist. Nach der Oktoberrevolution vollzieht sich allerdings der Klassenkampf in zwei Formen:

- a) nach wie vor innerhalb der kapitalistischen oder noch halbfeudalen Länder,
- b) als Klassenkampf in den internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Staaten.

Der amerikanische Soziologe A. Baran schreibt dazu:

„An der Revolution in Kuba kann man ablesen, daß in unserer Zeit soziale Revolutionen keine innernationalen Angelegenheiten mehr sind, deren Ausgang durch Klassenkampf innerhalb der Nationen entschieden wird, wie sie vielmehr unmittelbar in internationale Revolutionen übergehen, deren Verlauf vom Klassenkampf auf internationaler Ebene bestimmt wird: vom Machtverhältnis zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager in der Welt.“

Dieser internationale Klassenkampf darf nicht durch Krieg ausgetragen werden, weil im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel jeder Krieg die Tendenz zum Weltkrieg in sich hat, der die Existenz der gesamten Menschheit bedroht. Im-

perialistische Kriege sind heute die ultima ratio der Reaktion zur Verhinderung oder Vernichtung der Revolution. Alles kommt darauf an, den Frieden zu erhalten. Die Verhinderung eines Krieges ist ein Sieg für die Revolution. „Angesichts des Standes der Waffentechnik bildet heute der Frieden die elementarste Voraussetzung aller progressiven gesellschaftlichen Prozesse, namentlich aller sozialen und nationalen Befreiungsrevolutionen“ (Philosophisches Wörterbuch).

In diesem Sinne hat vor allem die Sowjetunion die Politik der friedlichen Koexistenz entwickelt. Sie ist alles andere als der Versuch eines gesellschaftlichen Arrangements mit dem Kapitalismus. Sie wurde konzipiert als eine Form des internationalen Klassenkampfes. Dabei werden die Widersprüche zwischen den beiden Weltsystemen nicht mit kriegerischen Mitteln ausgetragen, sondern auf dem Wege des ökonomischen Wettbewerbs und der politischen und geistigen Auseinandersetzungen. So wird vor allem die Wirtschaft das Gebiet, auf dem heute wichtige Entscheidungen über den Fortgang des revolutionären Weltprozesses fallen. Die sozialistischen Länder weisen seit ihrem Bestehen höhere Jahreszuwachsdaten auf als die kapitalistischen Länder. Dies und die Tatsache, daß die sozialistische Gesellschaft bessere Voraussetzungen zur Meisterung der technisch-wissenschaftlichen Revolution bietet, steigert das Ansehen und erweitert die Einflußmöglichkeiten des Sozialismus auch gegenüber den jungen Nationalstaaten.

Dabei kann es nicht darum gehen, diesen Staaten von außen her ein ihnen „fremdes“ System zu offerieren. Die Entwicklung in Kuba hat gezeigt, daß es – selbst bei Berücksichtigung aller nationalen Besonderheiten – im Grundsätzlichen keinen „dritten Weg“ geben kann. Der sozialistische Weg liegt im eigenen Interesse dieser Völker. Das erkennen immer mehr Politiker aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Pastor Richard Andriamanjato, afrikanischer Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz und Oberbürgermeister von Tananarive, ist gleichzeitig Vorsitzender der Partei des Unabhängigkeitskongresses in Madagaskar, die sich in ihrem Programm für den wissenschaftlichen Sozialismus ausgesprochen hat. In einem Interview mit der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ hebt Andriamanjato die große Bedeutung hervor, die die Unterstützung und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder für die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte jener jungen Staaten hat. Er sagt:

„Die sozialistischen Länder, die Festigung ihrer Volksregimes, ihr Friedenskampf – das alles ist eine wichtige

Unterstützung für die fortschrittlichen Kräfte in der Welt des Kapitals und in den Ländern, in denen der kapitalistische Einfluß bis heute erhalten blieb, das verleiht die Zuversicht in den Sieg der Kräfte, die gegen den Kapitalismus kämpfen.“

Der schwedische Ökonom Bo Gustafsson, der die Situation in den Entwicklungsländern besonders gut kennt, stellt in einem kürzlich veröffentlichten Buch „Vom Kolonialismus zum Sozialismus“ fest, daß die Einsicht in die Notwendigkeit des sozialistischen Weges in diesen Ländern wachse. Er schreibt:

„Die einzige beständige Hoffnung, die sich für sie zeigt, ist die Entwicklung der sozialistischen Welt... Was die wirtschaftliche Entfaltung der armen Länder wirklich verhindert, das sind die Großunternehmen der imperialistischen Nationen, die sich dort niedergelassen haben und ein Bündnis mit den einheimischen reaktionären Gruppen und Klassen eingegangen sind: mit den Grundbesitzern, den Militärs, den Geldverleihern und den Compradores, einer bürgerlichen Schicht, die ihr Los auf die Kollaboration mit den ausländischen Firmen gestellt hat... Die nationale Bourgeoisie hat sich im allgemeinen als unfähig erwiesen, die Probleme der armen Länder zu lösen.“

Die Politik der friedlichen Koexistenz fördert den politischen Differenzierungsprozeß in den nichtsozialistischen Ländern. Sie hilft, die fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte zu stärken und die ultrareaktionären Gruppierungen zu isolieren. Dasselbe gilt auch für die Unterschiede zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern. Die Politik, die Frankreich gegenüber den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas betreibt, unterscheidet sich beispielsweise von der der USA in wesentlichen Punkten.

Der Friede ist heute die Voraussetzung für die Entwicklung der revolutionären Kräfte und für die notwendigen revolutionären Änderungen. Wenn das so ist, dann ist die eigentliche revolutionäre Konzeption unserer Zeit die der friedlichen Koexistenz.

Diese Weltproblematik spiegelt sich auch in der deutschen Frage wider. Auf deutschem Boden stehen sich heute ein imperialistischer und ein sozialistischer Staat gegenüber. In der Bundesrepublik sind die alten Machtverhältnisse restauriert worden. Den Kräften gehört dort der politische Einfluß, die Deutschland zweimal in drei Jahrzehnten in die Katastrophe geführt haben. Die Deutsche Demokratische Republik ist das Ergebnis einer umfassenden gesellschaftlichen Revolution, mit

der sich die Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts zum erstenmal in Deutschland in die Lage brachten, einen Staat des Volkes zu gestalten.

Die Politik der westdeutschen Regierung gegenüber diesem Staat ist von Anfang an eine konterrevolutionäre Politik gewesen: eine Politik, die mit allen Mitteln – politische Isolierung, ökonomische Ausplünderung, psychologischer Krieg, Vorbereitung bewaffneter Aktionen – versuchte, die revolutionären Veränderungen wieder rückgängig zu machen und den Gesamtbereich der DDR wieder dem Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus einzugliedern. Diese Politik war spätestens mit der Befestigung der Staatsgrenze in Berlin am 13. August 1961 gescheitert. Trotzdem bleibt die westdeutsche Regierung bei ihrer Anmaßung, für alle Deutschen zu sprechen. Diese Anmaßung erweist sich gegenwärtig als Hauptmittel des Klassenkampfes des deutschen Imperialismus gegen den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat. Die darin zum Ausdruck kommende Nichtanerkennung des territorialen Status quo stellt die ernsteste Bedrohung des Friedens in Europa dar.

Dieser imperialistischen Politik, die bisher an der Stärke und Wachsamkeit der DDR und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten gescheitert ist und die auch in Zukunft keine Chance hat, erfolgreich zu sein, setzt unser Staat die Politik der friedlichen Koexistenz entgegen, die sich in über hundert Verhandlungsvorschlägen und Friedensangeboten manifestiert hat. Gerade dieses Gegenüber macht deutlich, daß die Politik der friedlichen Koexistenz alles andere als eine Politik der Kapitulation vor den Kräften des Imperialismus ist. Im Gegenteil: mit ihrer Durchsetzung, das heißt mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, mit der Anerkennung der DDR wird nicht nur ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Friedens in Europa getan, damit werden auch die ultrareaktionären Kräfte in Westdeutschland zurückgedrängt und den demokratischen Gruppen ein größerer Spielraum gewonnen. Deshalb hat die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas im April 1967 in Karlovy Vary die „Anerkennung der DDR und die Verteidigung ihrer souveränen Rechte zu einer der Hauptaufgaben des Kampfes um die europäische Sicherheit“ erklärt. Die Existenz eines sozialistischen deutschen Staates – so heißt es in der Erklärung weiter – ist von grundlegender Bedeutung nicht nur für das deutsche Volk, sondern für ganz Europa.

Auch in Deutschland zeigt sich damit, daß konterrevolutionäre Politik den Frieden bedroht, während gerade von den Positionen der Revolution her ein Beitrag zur Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt geleistet wird.

VII.

Was bedeutet das alles für die Verantwortung des Christen in unserer Zeit?

Die Erkenntnis von der weltgeschichtlichen Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wird für den Christen zu einer wichtigen Orientierungshilfe bei der Betrachtung der internationalen Situation. Sie macht es ihm leicht, den richtigen Standort in den Auseinandersetzungen unserer Zeit, im Kampf für Frieden, Fortschritt und Menschlichkeit zu finden. Pastor Dr. Herbert Mochalski hat im September 1967 auf einer Konsultation zur Vorbereitung der III. Allchristlichen Friedensversammlung ein Referat über die gegenwärtige weltpolitische Situation gehalten. Darin machte er deutlich, daß die Haltung zur Oktoberrevolution zum Kriterium für die Beurteilung der verschiedenen politischen Bewegungen und Kräfteverschiebungen in unserer Zeit geworden sei. In dem Referat heißt es:

„Die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution von 1917 liegt jedenfalls darin, durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, d. h. durch die Beseitigung der Aneignung gesellschaftlicher Arbeit durch eine Minderheit, eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen zu haben, die ihre Aufgabe und ihr Ziel in der Befreiung des Menschen von seiner ökonomischen und damit politischen Abhängigkeit sieht. Zu welchen Ergebnissen dieser Neubau der Gesellschaft geführt hat, liegt heute vor aller Augen, und das alles in 50 Jahren, trotz mehrerer Jahre Bürgerkriegs und Interventionskriegs und einer vieljährigen Zerstörung des Aufbaus durch den Überfall Hitlerdeutschlands.“

Mochalski konstatiert:

„Seit 1917 steht unsere Welt in einem Prozeß revolutionärer Veränderungen auf allen Kontinenten. Dieser Prozeß revolutionärer Veränderungen ist ständig begleitet von Gegenbewegungen, von konterrevolutionären Unternehmungen. Sie beginnen mit den Interventionskriegen 1918 bis 1920 und sind gegenwärtig abzulesen in Südostasien,

Indonesien, Afrika. Auch die Ausschließung der Volksrepublik China aus der Völkergemeinschaft gehört in diesen Prozeß.“

Bei der Analyse der gegenwärtigen politischen Situation — so fährt der bekannte Geistliche fort — müsse man von folgender Tatsache ausgehen:

„Es gibt kein Ereignis in den letzten 50 Jahren, bis hin zu den gegenwärtigen Krisen in Vietnam und damit im gesamten Südostasien, im Blick auf China und Indonesien, in den Putschen in Afrika, in Lateinamerika, — ich sage, es gibt kein gegenwärtiges Ereignis, das nicht in Beziehung stünde zu der Auseinandersetzung der alten konservativen Gesellschaften und Staaten mit der neuen Gesellschaft und den neuen Staaten des Sozialismus. Das möchte ich die Interdependenz der Krisenherde in der Welt nennen. Neben dem Krisenherd Europa sind von gleicher Art die Krisenherde in Asien und Afrika und Lateinamerika. Die äußere Situation mag jeweils eine andere sein, was gewiß auch von Bedeutung ist, aber der Kern des Problems ist der gleiche. Wo immer Völker sich befreien wollen, aus kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit, sich befreien wollen von Unterdrückung und Ausbeutung, wo sie frei werden wollen von Hunger, Analphabetismus, bedrohen sie in diesem Kampfe die herrschende Gesellschaftsschicht und ihre ökonomische Basis, und darum wird jeder dieser Befreiungskämpfe von den alten konservativen Mächten im Sinne des Antikommunismus diffamiert und als ‚kommunistische Aggression‘ ausgegeben. Das gilt für den Krieg in Vietnam, das gilt für die Verhinderung der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse in Lateinamerika, das gilt für die Vorgänge in Afrika, und innerhalb Europas ist der konterrevolutionäre Putsch in Griechenland das typische Beispiel.“

Diese Analyse der gegenwärtigen Situation ist deshalb hilfreich, weil sie von der Grundfrage unserer Epoche, der notwendigen Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, ausgeht. Sie ist vor allem auch deshalb interessant, weil sie von einem Christen unternommen wurde und weil sie damit deutlich macht, daß der Christ des historischen Kriteriums, das mit der Oktoberrevolution gegeben ist, nicht entbehren kann. Pastor Richard Andriamanjato sagt das in dem schon erwähnten Interview auf seine Weise:

„In der Tat hat die Oktoberrevolution gewaltige Bedeutung, weil es ihr erstmalig gelang, die Grundpfeiler des Kapitalismus und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu zerstören, die in einem so großen Land wie Rußland lange Zeit geherrscht haben ... Somit erlangt

die Oktoberrevolution tiefe Bedeutung nicht nur für Rußland, für die Sowjetunion, sondern auch für alle Länder, die sich von der fremden Herrschaft befreit haben, um auf dem Wege der Unabhängigkeit und des nationalen Aufbaus voranzuschreiten, für Länder, die Unwissenheit und Analphabetentum überwinden müssen, um die Gipfel der Wissenschaft und der Kultur zu besteigen, um vollberechtigte Schöpfer und nicht bloß Objekte der Weltgeschichte zu sein.“

Pastor Andriamanjato zieht daraus folgenden Schluß:

„Der in sozialistischen Ländern erzielte Fortschritt wird auf Madagaskar als ein Sieg der Wissenschaft über die Unwissenheit, als ein Sieg der Solidarität über die Zersplitterung empfunden. Ich bin der Ansicht, daß die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unserem Land und den sozialistischen Ländern beträchtlich dazu beitragen könnte, daß sich auf Madagaskar positive Wandlungen vollziehen und die Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus erstarken.“

Teilnahme an den Bemühungen um Frieden und Sozialismus bedeutet für den Christen gleichzeitig eine klare Absage an die Politik des Imperialismus und dessen Ideologie: den Antikommunismus. Es war die Christliche Friedenskonferenz, die 1965 zum erstenmal den Begriff „Imperialismus“ in eine ihrer Resolutionen aufnahm und die bereits Jahre vorher vor dem Mißbrauch des christlichen Glaubens durch den Antikommunismus gewarnt hatte. Auf der Genfer Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft wurde der Unwille gegenüber dem Imperialismus mehrfach deutlich artikuliert, besonders im Blick auf den Krieg des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk.

Für den Christen in der DDR geht es heute nicht um ein bloß verbales Bekenntnis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Es geht um die Stellungnahme zu den Ergebnissen, zu denen der vor 50 Jahren begonnene revolutionäre Weltprozeß heute geführt hat. Es geht darum, zu erkennen, an welchem Frontabschnitt der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wir stehen. Wer heute an der politischen Stärkung der DDR mitwirkt, wer der imperialistischen Bürgerkriegspolitik der westdeutschen Regierung entgegentritt, wer mithilft, die technisch-wissenschaftliche Revolution zu meistern und die Volkswirtschaft effektiver zu machen, der ergreift Partei im internationalen Klassenkampf gegen Imperialismus und Kriegspolitik.

Der Revolutionär von heute zeichnet sich nicht durch eine exotische Sehnsucht in die Ferne oder durch romantischen Gefühlsüberschwang aus, seine Kennzeichen sind konsequentes Denken in Zusammenhängen, klare politische Parteilichkeit und aufopferungsvoller Einsatz für die Sache des Sozialismus. In den Thesen des Zentralkomitees der KPdSU heißt es: „Unser Land hat einen gewaltigen Weg des Kampfes und der Siege zurückgelegt. Entdecker gehen immer einen schwierigen Weg. Er erfordert unablässiges Suchen, die Lösung kompliziertester Aufgaben, die Überwindung zahlreicher Widersprüche und Hindernisse. Die fünf Jahrzehnte haben gezeigt, wie schwer die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft wirklich ist.“ Je stärker das sozialistische Weltssystem wird, desto leichter wird unser Weg. Trotzdem bleibt er in all seinen Etappen voll von neuen Aufgaben und Hindernissen, so daß ihn nur Menschen zu gehen imstande sind, die vom Geist der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft beseelt sind.

Man hat den eigentlichen Inhalt des revolutionären Weltprozesses, der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann, mit dem Begriff der „Befreiung“ zu umschreiben versucht: Befreiung des Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung, Krieg und Elend, Unwissenheit und Unkultur – mit einem Wort: Befreiung des Menschen zu wahrer Menschlichkeit, die sich allerdings nur im Kampf durchsetzen kann. Die Oktoberrevolution bedeutet auch für die Kirchen Befreiung: von der einseitigen Bindung an die bürgerliche Gesellschaft und von dem Mißbrauch des Christentums, der damit verbunden war. So eröffnet die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft neue Dimensionen für das Zeugnis und den Dienst des Christen und stellt damit eine Herausforderung zur geistlichen Neubesinnung dar.

Daß der revolutionäre Prozeß auch für die Kirche Befreiung bedeutet, das erlebten die Kirchen in den jungen Staaten mit besonderer Deutlichkeit. In einem Aufsatz zur Vorbereitung der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft beschäftigt sich Richard Andriamanjato mit einigen Problemen der Überwindung der Reste des Kolonialismus in den jungen Staaten. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage nach der Funktion der Kirche. Er meint, daß die Kirche voll am Leben der jungen Staaten teilnehmen solle. Dabei solle sie ihnen „nicht nur verkündigen, daß ihre Erlösung vollbracht ist, sie müsse sie vielmehr auch aufrufen, an der großen Versöhnung aller Menschen teilnehmen“. „Was wir dazu brauchen“, schreibt Andria-

manjato, „ist eine genügende Anzahl von Afrikanern, die die Wahrheit des Evangeliums begriffen haben und die sie einpflanzen in den spezifischen gesellschaftlichen Boden des sich entwickelnden afrikanischen Kontinents.“

Diese „neuen“ Christen, nach denen Andriamanjato ruft, werden nicht allein aus dem Geist der Revolution geboren, sie können nur aus einer Kirche kommen, die sich im Ernstnehmen der revolutionären Wandlungen unserer Zeit von ihrem Herrn hat erneuern lassen. Insofern ruft die Revolution der Gesellschaft nach einer inneren Reformation der Kirche. Ein Anfang reformatorischer Neubesinnung auf die Stellung des Christen zur Revolution zeigt sich in dem Bericht der Theologischen Kommission der Tagung des Beratungsausschusses der CFK 1966 in Sofia. In ihm heißt es:

„Wenn sich Christen für die Revolution einsetzen, leiten sie das Recht dazu nicht von einer Idee der Revolution, sondern vom Evangelium ab. Damit werden die Ziele der Humanisierung und der Gerechtigkeit, die sich die Revolution setzt, nicht herabgewürdigt. Im Gegenteil: Wir möchten diese Ziele tiefer, nüchterner, sachlicher verstehen. Das heißt, daß unser Einsatz in der revolutionären Aktion nicht durch den Haß, durch das Vertrauen auf die Gewalt motiviert werden darf, sondern nur durch die Solidarität mit den Leidenden, in denen uns Christus begegnet, und durch die Hoffnung auf eine neue, gerechte Ordnung, durch die Bereitschaft zur Vergebung.“

Wenn es heute in der Welt möglich und geboten ist, die friedlichen Formen des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu erweitern (was natürlich wesentlich vom internationalen Kräfteverhältnis abhängt), dann ist das eine Aufgabe, die auch den Christen gestellt ist. Das Evangelium, dem sie sich verpflichtet wissen, hat zu allen Zeiten dort, wo es ernst genommen wurde, revolutionierend für den einzelnen und die Gesellschaft gewirkt. Es war Gericht über soziale Ungerechtigkeit und Unterdrückung und ein Aufruf zu echter Menschlichkeit. Gleichzeitig ist es die Botschaft des Friedens für alle Menschen. Auch wenn man im Auge behält, daß der Friede Gottes, den es verkündet, mehr ist als der Friede auf Erden, so schließt er doch diesen irdischen Frieden ein.

So erweist sich die Große Sozialistische Oktoberrevolution, in der Revolution und Friede zusammengehören, als Anstoß zur geistlichen Neubesinnung und als Aufruf zur Praktizierung christlicher Verantwortung für Frieden und soziale Gerechtigkeit in unserer Zeit.

- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz - das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit - Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit - Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz - Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik
- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union - zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt - Bericht über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht - Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft

- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“ – „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwicklung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinnerungen deutscher Theologen
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlagen geistlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclowski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 148 Kirche in gewandelter Welt – Das II. Vatikanische Konzil im Spiegel seiner Beschlüsse. Zusammengestellt von Hubertus Guske
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 150/151 Dr. Paul Ullmann: Psychologie und Leitungstätigkeit
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde
- 154 Carl Ordnung: Die Mitverantwortung der Christen beim Aufbau des Sozialismus
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen Entwicklung hier und heute
- 156 Siegfried Welz: Gut und richtig
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 158/159 Carl Ordnung: Der Christ in den revolutionären Umwälzungen unserer Zeit
- 160 Über den Fortschritt der Völker („Populorum progressiv“)
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1 MDN

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin